

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
199 · Ausgabe BE · April 2022



Damit jeder Mensch ein

gutes Leben führen kann

Das Resultat ist bitter: Die Gewinne der Wahlen 2018 gingen wieder verloren. Nun gilt es, zu analysieren, aufzustehen und weiterzumachen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass jeder Mensch im Kanton Bern ein gutes Leben führen kann.

Mit 19 % Wähler:innenanteil und 32 Sitzen bleibt die SP zwar klar die zweitstärkste Partei im Kanton Bern. Aber der Verlust von sechs Sitzen und die Nichtwiederwahl von sieben verdienten Fraktionsmitgliedern schmerzt sehr. 2018 zählten wir mit fünf zusätzlichen Sitzen und einem Plus von 3 % noch zu den grossen Sieger:innen. Mit Blick auf die Resultate der vergangenen Nationalratswahlen und den allgemeinen Trend war absehbar, dass es schwierig werden würde, dies zu halten. Nun hat uns dieser schweizweite Trend voll erwischt. Wir haben den ganzen Zuwachs vom letzten Mal wieder verloren.

Mangel an thematischer Auseinandersetzung

Nach den Nationalratswahlen setzten wir uns zum Ziel, noch viel stärker über Inhalte zu sprechen. Wir wollten aufzeigen, für was die SP steht und wie vielfältig unsere Themenpalette ist. Wir haben deshalb die Elternzeitinitiative lanciert und erfolgreich eingereicht. Wir haben uns für einen Ausbau der Prämienverbilligungen und bessere Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal stark gemacht. Wir

haben uns für bessere Arbeitsbedingungen und tiefere Elterntarife in den Kitas eingesetzt. Wir haben uns insbesondere während Corona für das Recht auf Bildung engagiert. Wir propagierten einen sozialverträglichen Klimaschutz mit der ÖV-Offensive und der Förderung von erneuerbaren Energien. Wir haben bewusst diese Themen auch in der Wahlkampagne forciert. Ernüchtert müssen wir feststellen, dass es uns zu wenig gelungen ist, eine thematische Auseinandersetzung zu führen. Wenn die Medien überhaupt über die kantonalen Wahlen berichteten, dann nur über Storys, Personen und den allgemeinen Trend. Das hat uns sicher nicht geholfen.

Herausforderungen umso mehr angehen

Nun gilt es wieder aufzustehen und weiterzumachen. Gerade in schwierigen Momenten dürfen wir nicht vergessen, wofür wir stehen: Für die Menschen und ihr Wohlergehen. Bei uns sind die Menschen Teil der Lösung, nicht Teil des Problems. Alle Menschen sollen ein gutes Leben führen können. Während andere lieber über Bäume oder Digitalisierung reden,

setzen wir uns ganz konkret für das Wohl der Menschen ein. Klimaschutz ist sehr wichtig, aber er kann nicht das einzige politische Thema sein. Die Menschen brauchen auch Arbeit zu einem fairen Lohn, eine gute Gesundheitsversorgung und sichere Renten. Das müssen wir zukünftig noch besser aufzeigen. Dann werden wir bei den nächsten Wahlen auch wieder zulegen.

Für die SP Kanton Bern und insbesondere für die Grossratsfraktion gibt es viel zu tun. Jene 19 %, die uns gewählt haben, haben hohe Erwartungen an uns. Denn Herausforderungen wie faire Löhne, familienergänzende Kinderbetreuung, bezahlbare Mieten oder umweltfreundliche Verkehrserschliessungen bleiben bestehen. Die SP wird sich deshalb als grösste linke Kraft der bürgerlichen Mehrheit entgegenstellen und sich weiter dafür einsetzen, dass jeder Mensch im Kanton Bern ein gutes Leben führen kann. Wir gratulieren allen Gewählten und Wiedergewählten. Ein grosser Dank geht an alle Wähler:innen, welche der SP ihre Stimme gaben, an alle Kandidierenden, die unermüdlich Wahlkampf machten, sowie an alle Helfer:innen, welche einen enormen freiwilligen Einsatz leisteten. Ohne sie alle wäre diese intensive Wahlkampagne nicht möglich gewesen.



Weiterhin für einen sozialen und ökologischen Kanton Bern

Trotz eines engagierten Wahlkampfes und sehr guten Wahlergebnissen unserer Kandidierenden reichte es für die rot-grüne Mehrheit nicht. Zu gut funktionierte das Ticket der bürgerlichen Parteien, die sich wieder zusammengerauft hatten.

Die vier rot-grünen Regierungsratskandidierenden sind angetreten, um die Regierungsmehrheit zurückzuholen. Dies ist nicht geglückt. Der Kanton Bern wird auch in der nächsten Legislatur von einer bürgerlichen Mehrheit regiert werden. Obwohl es nicht für eine Mehrheit gereicht hat, kann das rot-grüne Ticket mit der Wahl von Evi Allemann, Christoph Ammann und Christine Häsler einen grossen Erfolg verzeichnen. Christoph Ammann erreichte mit 122'356 Stimmen sogar den ersten Platz. Christine Häsler auf dem dritten und Evi Allemann auf dem fünften Platz erzielten ebenfalls sehr gute Resultate. Erich Fehr erreichte mit 87'765 zwar ein starkes Ergebnis, aber es reichte nur für Rang acht. Sein gutes Resultat zeigt aber, dass es richtig war, auf einen Angriff im Berner Jura zu verzichten und stattdessen den freiwerdenden Sitz anzugreifen.

Rot-grünes Viererticket ermöglichte echte Wahl

Die Kampagne war ein Erfolg. Dank unserem Viererticket boten wir den Wähler:innen eine sehr gute Alternative zu den Bürgerlichen und machten eine echte Wahl überhaupt erst möglich. Wir konnten aufzeigen, was wir

anders machen würden, und über unsere Inhalte reden. Leider wurden diese von den Medien kaum aufgegriffen. Stattdessen ging es hauptsächlich um die Personen. Obwohl wir ganz im Gegensatz zu den Bürgerlichen ein paritätisches Ticket aufstellten, musste sich Erich Fehr ständig dafür rechtfertigen, dass er keine Frau ist. Die nicht vorhandene Exekutivverfahren und die eher dünne Qualifikation seiner bürgerlichen Konkurrentin für dieses Amt waren dagegen kaum ein Thema.

Bürgerliches Bündnis funktionierte

Von Anfang an war klar, dass wir als Underdog antreten. Das Wähler:innenpotenzial von SP und Grünen ist im Kanton Bern deutlich kleiner als jenes der Bürgerlichen. Unsere Kandidierenden starteten somit mit einer viel kleineren Hausmacht. Für die Bisherigen ist das weniger ein Problem als für einen neuen Kandidaten. Erich Fehr musste somit im ganzen Kanton an Bekanntheit gewinnen. Dabei waren die Rahmenbedingungen schlecht. Die Pandemie verunmöglichte grosse Veranstaltungen. Erich Fehr ging dennoch sehr viel auf die Strasse und legte einen regelrechten Aktionen-Marathon hin. Dass es am Ende nicht

reichte, liegt hauptsächlich an zwei Gründen: Erich Fehr konnte das rot-grüne Potenzial zwar ausschöpfen, aber nicht genügend Stimmen darüber hinaus holen. Seine bürgerliche Konkurrentin dagegen schnitt massiv besser ab als erwartet und erreichte sogar Rang sechs. Offensichtlich funktionierte das bürgerliche Ticket sehr gut. Im Gegensatz zu anderen Wahlen haben sich die Bürgerlichen wieder zusammengerauft. Unter diesen Umständen ist eine rot-grüne Mehrheit nur sehr schwer zu schaffen.

Wiedergewählte bleiben dran

Die drei rot-grünen Regierungsratsmitglieder werden nun alles daran setzen, den Anliegen der Minderheit eine Stimme zu geben für eine soziale und ökologische Zukunft im Kanton Bern. Für uns ist klar, dass es mehr Investitionen in die Bildung, die Forschung und die Digitalisierung braucht. Alle Menschen sollen sich auf ein sicheres Sozialnetz und ein gutes Gesundheitssystem verlassen können. Und es braucht viel griffigere Massnahmen für den Klimaschutz und eine Förderung der erneuerbaren Energieträger.

Wir danken Christoph Ammann, Evi Allemann, Christine Häsler und Erich Fehr für ihren riesigen Einsatz im Wahlkampf! Ein grosser Dank geht auch an alle Helferinnen und Helfer, welche einen enormen freiwilligen Einsatz leisteten.



KANTONALE VOLKSABSTIMMUNG

Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen

Mit einer Verfassungsänderung sollen die Volksrechte im Kanton Bern gestärkt werden. Dies, indem Volksvorschläge neu auch bei Vorlagen mit Eventualanträgen möglich sind. Die SP empfiehlt die Vorlage zur Annahme.



Karin Fisli, Grossrätin,
Meikirch

In dubio pro populo – im Zweifel für das Volk –, so hiess die damals eingereichte Motion im Grossen Rat. Der Motionär forderte, dass die Volksrechte gestärkt werden und der Grosse Rat nicht länger zu einem Trick greifen kann, um Abstimmungen an der Urne zu verhindern.

Der Grosse Rat kann mit einem Eventualantrag dem Volk bei einer Vorlage zwei Varianten unterbreiten. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können ihren Willen so genauer äussern. Sie können aber auch zu bestimmten Vorlagen einen Volksvorschlag einbringen und damit eine Volksabstimmung bewirken. Dafür braucht es 10 000 Unterschriften innerhalb von drei Monaten.

Bei Eventualantrag kein Volksvorschlag

Wenn nun aber die Mehrheit des Grossen Rates einen Eventualantrag beschliesst, ist

nach geltendem Recht kein Volksvorschlag möglich. Zu unserem Leidwesen wurde in der Vergangenheit immer wieder der Eventualantrag als taktisches Mittel eingesetzt, um Volksvorschläge zu verhindern.

So zum Beispiel 2015, als die bürgerliche Mehrheit beschloss, den Umfang und die Höhe der Prämienverbilligungen im Kanton Bern weiter zu senken, nachdem bereits zwei Jahre zuvor eine Kürzung vorgenommen worden war. Mit einem taktisch motivierten Eventualantrag wurde verhindert, dass die SP und ihre Verbündeten einen konstruktiven Volksvorschlag einbringen konnten, der beide Senkungen bei den Prämienverbilligungen hätte rückgängig machen wollen. Stattdessen musste das Bündnis «Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen» einerseits das Referendum gegen die neuen Kürzungen ergreifen. Die Rückkehr zum Zustand vor der ersten Kürzung musste andererseits mit einer Volkssinitiative eingefordert werden.

Neu sollen solche Manöver nicht mehr möglich sein. Mit der vorliegenden Verfassungsänderung soll der Volksvorschlag nun höher gewichtet werden. Falls ein Volksvorschlag eingereicht wird, fällt ein allfälliger Eventualantrag des Grossen Rates weg. Es

können wie bis anhin auch mehrere Volksvorschläge eingereicht werden.

SP unterstützt Stärkung der Volksrechte

Bei den Diskussionen im Grossen Rat war eine Mehrheit der Parlamentsmitglieder klar der Ansicht, dass bezüglich Eventualantrag Handlungsbedarf besteht. Es dürfe nicht mehr geschehen, dass der Eventualantrag eingesetzt wird, nur um die Wahrnehmung eines Volksrechts zu verhindern. Trotzdem könne der Eventualantrag, wo sinnvoll, angewendet werden.

Es gab auch eine Minderheit im Grossen Rat, welche keinen Grund zur Änderung der bestehenden Regelung sieht. Es sei sogar so, dass durch den Vorrang des Volksvorschlages das Parlament geschwächt werde. Einzelne Grossrätinnen und Grossräte wollten das System mit Eventualantrag und Volksvorschlag ganz abschaffen, da es für viele Stimmberechtigte zu kompliziert und unverständlich sei.

Da die SP Kanton Bern den Stimmberechtigten mehr zutraut und grundsätzlich Volksrechte wichtig und richtig findet, empfiehlt sie die Annahme dieser Vorlage und damit eine Stärkung der Volksrechte.

NEUE KAMPAGNENVERANTWORTLICHE



Diesen April habe ich die Rolle als Kampagnenverantwortliche bei der SP Kanton Bern von Hannes Rettenmund übernommen. Mein Weg hat mich nach dem Bachelorstudium in Englisch und Medienwissenschaften über Anstellungen als Fachangestellte Kommunikation zur SP Kanton Bern geführt. Da ich bereits bei der Unterschriftensammlung für die Elternzeit sowie bei der Grossratskampagne mitgearbeitet habe, konnte ich nicht nur erste Erfahrungen sammeln, sondern auch schon das Team sowie einige von euch

kennenlernen. Offene und ehrliche Kommunikation sowie ein kreativer Austausch sind mir sehr wichtig und ich freue mich, in Zukunft mit euch zusammenarbeiten zu dürfen. Céline Thommen, Kampagnenverantwortliche SP Kanton Bern

Holligen-Fest

Samstag, 11. Juni, 15 Uhr

Talk & World Café «Heimaten, Mutter- Vater- Menschsein im Quartier»

Mit Johannes Berhane, Flavia Wasserfallen, Reto Kessler, Hosts Anna Illi und Halua Pinto de Magalhães, SP Holligen

AGENDA 2022

- **Sonntag, 15. Mai**
Abstimmungen
- **Samstag, 18. Juni**
Parteitag in Biel
- **Sonntag, 25. September**
Abstimmungen
- **Mittwoch, 2. November**
Parteitag in Bern
- **Sonntag, 27. November**
Abstimmungen

Michael Elsener

kommt nach Bützberg mit

«FAKE ME HAPPY»



Donnerstag, 16. Juni 2022, 20.00 Uhr
Aula Schulhaus Byfang, 4922 Bützberg

Vorverkauf ab sofort: chr.roethlisberger@bluewin.ch
062 963 09 51
aba-thunstetten-buetzberg.ch
Abendkasse: 19.15 Uhr
Eintrittspreise: 40.00 generell

Tickets abholen und Vorverkauf bei:

Zuckerbäckerei Daniel Wyss
Bernstrasse 34, Bützberg

Dienstag, 7. Juni 2022 16.00 bis 18.00 Uhr
Samstag, 11. Juni 2022 10.00 bis 12.00 Uhr

ABA Arbeiter-Bildungs-Ausschuss Thunstetten-Bützberg

Energie-Ideen aus der Mottenkiste

Als ich vor bald vier Jahren das Amt als Energiedirektorin des Kantons Bern niederlegte, dachte ich, die Energiepolitik sei gut aufgeleitet. Der Beschluss, das AKW Mühleberg abzustellen, war gefällt und die Menschen waren gewillt, sich auf die neue Strategie einzulassen. Als dann das Schweizer Volk die Energiestrategie 2050 annahm, war für mich die (Energie)welt erst recht in Ordnung: AKWs gehören der Vergangenheit an, die Zukunft gehört endgültig den erneuerbaren Energien! Wie habe ich mich getäuscht! Nun wird tatsächlich wieder ernsthaft über AKWs nachgedacht – vorerst ernsthaft nur von der Partei, die sonst den Volkswillen über alles stellt – und selbst der Bundesrat will Gaskraftwerke bauen lassen. Wo bleibt da der Klimaschutz, lieber Bundesrat? Das Versprechen, dass diese Kraftwerke nur laufen würden, wenn es dringend notwendig ist, nehme ich ihm nicht ab. Wer will schon in ein Gaskraft-

Rote Feder



werk investieren, das dann quasi nie läuft? Oder soll das der Steuerzahler berappen? Ich finde weder AKWs noch Gaskraftwerke nötig – und sinnvoll sind sie schon gar nicht. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns deutlich, dass wir nicht länger abhängig sein dürfen von Diktatoren, Oligarchen und Ölscheichs. Wir müssen und wollen (buchstäblich) unsere ganze Energie für die Förderung von einheimischen Energiequellen – Wasserkraft, Photovoltaik – einsetzen. Die Projekte sind vorhanden, sie müssen nur noch umgesetzt werden. Packen wir es an, und zwar rasch!

Barbara Egger-Jenzer,
a. Regierungsrätin, Bremgarten

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spbern



@spkantonbern



@spkantonbern